

Überblick Beschleunigungsgesetze seit 2022 und offene Gesetzgebungsvorhaben

Dr. Michael Zschiesche, UfU

All presented concepts, ideas and texts are intellectual property of UfU e.V.
Any use of the content is prohibited and has to be requested and approved in a written format by the authors.
© Unabhängiges Institut für Umweltfragen, 22.10.20

Agenda

1. Ausgangslage
2. Übersicht der wichtigsten Beschleunigungsgesetze / Gesetzesentwürfe
3. Strukturmerkmale der Beschleunigung / 10 wichtige Punkte
4. Offene Fragen

1. AUSGANGSLAGE



1. Ausgangslage I

Planung, Zulassung, Projektentwicklung

Genehmigungsverfahren dauern zu lang

BDI-Studie zu BImSchG-Genehmigungen 2021 ([Link](#)):

- 1,5 Jahre bis Vollständigkeit der Unterlagen festgestellt wird
- Genehmigungsverfahren selbst dauert ca. 6 Monate länger als gesetzlich vorgesehen

Projektentwicklungen dauern zu lang

Studie FA Wind an Land 2023: Typische Dauer WEA-Projektentwicklung: 8 Jahre ([Link](#))

- 4 Jahre ab Beantragung einer Windenergieanlage bis zur ersten Stromerzeugung
- 4 Jahre für Entwicklungsschritte vor dem eigentlichen Genehmigungsverfahren

Es mangelt es ausgewiesenen Flächen

BMI: MORO Informationen Nr. 20/1 2021, Planungsbeschleunigung, S. 17 ([Link](#))

- Teilfortschreibungen von Raumordnungsplänen dauern im Schnitt 3,7 Jahre
- Im Schnitt 5,3 Jahre für Teilfortschreibungen für Windenergiegebiete

1. Ausgangslage II

Verschärfte Bedingungen durch gesellschaftliche Krisen (externe Treiber)

- Artensterben, Verschmutzung, Klimawandel, Ressourcenknappheit (Kipppunkte)
- Covid-19-Pandemie -> Angeschlagene Wirtschaft
- Ukrainekrieg -> Energiekrise, Gasmangellage -> Aufbau LNG-Infrastruktur
- Fachkräftemangel durch verfehlte Bildungspolitik, demografischen Wandel und fehlender Attraktivität Deutschlands für ausländische Fachkräfte ->
- Hohe Umsetzungslast durch EU-Vorgaben -> für Bund (Umsetzung in nationales Recht) und Länder/Kommunen (Vollzug)
- Migrationskrise -> bindet personelle/finanzielle Ressourcen und erhöht Druck bspw. auf Wohnungsmarkt
- **Schwindendes Vertrauen in staatliche Institutionen und staatliches Handeln -> sinkende Akzeptanz**
- Wirtschaftsflaute, Stagflation -> Druck auf und gegenüber den politischen Eliten und Prioritätenverschiebung

1. Ausgangslage III

(Digitale) Infrastruktur

Marode Autoverkehrsinfrastruktur

BMVD: „8.000 Autobahnbrücken müssen saniert werden.“

Marode Schienenverkehrsinfrastruktur:

Schwäbisches Tagblatt Online v. 19.02.2021 (Torebko):

„Im vergangenen Jahr (2020) ist in Deutschland **kein Schienenkilometer neu gebaut worden.**

Warum geht es mit dem Aus- und Neubau der Schiene so schleppend voran?“

Schwäbische Online v. 17.06.2024 (Becker)

„Deutschlandtakt **erst 2070** komplett umgesetzt“

Veraltete Digitale Infrastruktur:

Handelsblatt Online v. 20.01.2023 (Delhaes/Soares)

„Netzausbau geht zu langsam, Mobilfunknetze müssen mit Sanktionen rechnen“

Wohnungsnot

Spiegel Online v. 29.07.2024 (mic/dpa-AFX)

„ifo-Institut rechnet mit noch weniger Neubauten in Deutschland – schon jetzt entstehen in Deutschland viel zu wenig neue Wohnungen. Nun rechnen Experten damit, dass sich die Lage noch verschärft. Im Jahr 2026 könnten demnach nur noch 175.000 neue Wohnungen entstehen.“

1. Ausgangslage IV

Stockende Renaturierung; stockender Naturschutz

Aktuell zwei Vertragsverletzungsverfahren zur Umsetzung von Natura 2000 Vorgaben gegen Deutschland

Schutz von Vögeln und deren Lebensraum

INFR(2023)2179 v. 13.03.2024

1. Keine Unterschutzstellung nach nationalem Recht (=Verzögerte Schutzgebietsausweisung)
2. Bestandsrückgänge aufgrund unzureichender Schutzmaßnahmen (=verzögerte Planungs- und Zulassungsverfahren)
3. Zu wenige Gebiete für ausgewählte wandernde Vogelarten (=Verzögerte Schutzgebietsausweisung)

Verschlechterung des Erhaltungszustandes von Flächenland- und Berg-Mähwiesen (LRT 6510/6520)

Urteil v. 14.11.2024 C-47/23 Kommission/Deutschland, Tz. 117

*„Unter diesen Umständen ist festzustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus Art. 6 Abs. 2 der Habitatrichtlinie verstoßen hat, dass sie es **allgemein und strukturell versäumt hat, geeignete Maßnahmen zur Vermeidung einer Verschlechterung** der durch das Natura-2000-Netz geschützten Lebensraumtypen 6510 und 6520 des Anhangs I dieser Richtlinie in den dafür ausgewiesenen Gebieten **zu treffen.**“*

DUH Klage gegen die Bundesregierung auf mangelnde Maßnahmen zum natürlichen Klimaschutz zur Erreichung der Klimaziele im Bereich des natürlichen Klimaschutzes, Obergerverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg am Donnerstagabend (Urt. v. 16.05.2024, Az. OVG 11 A 22/21, OVG 11 A 31/22).

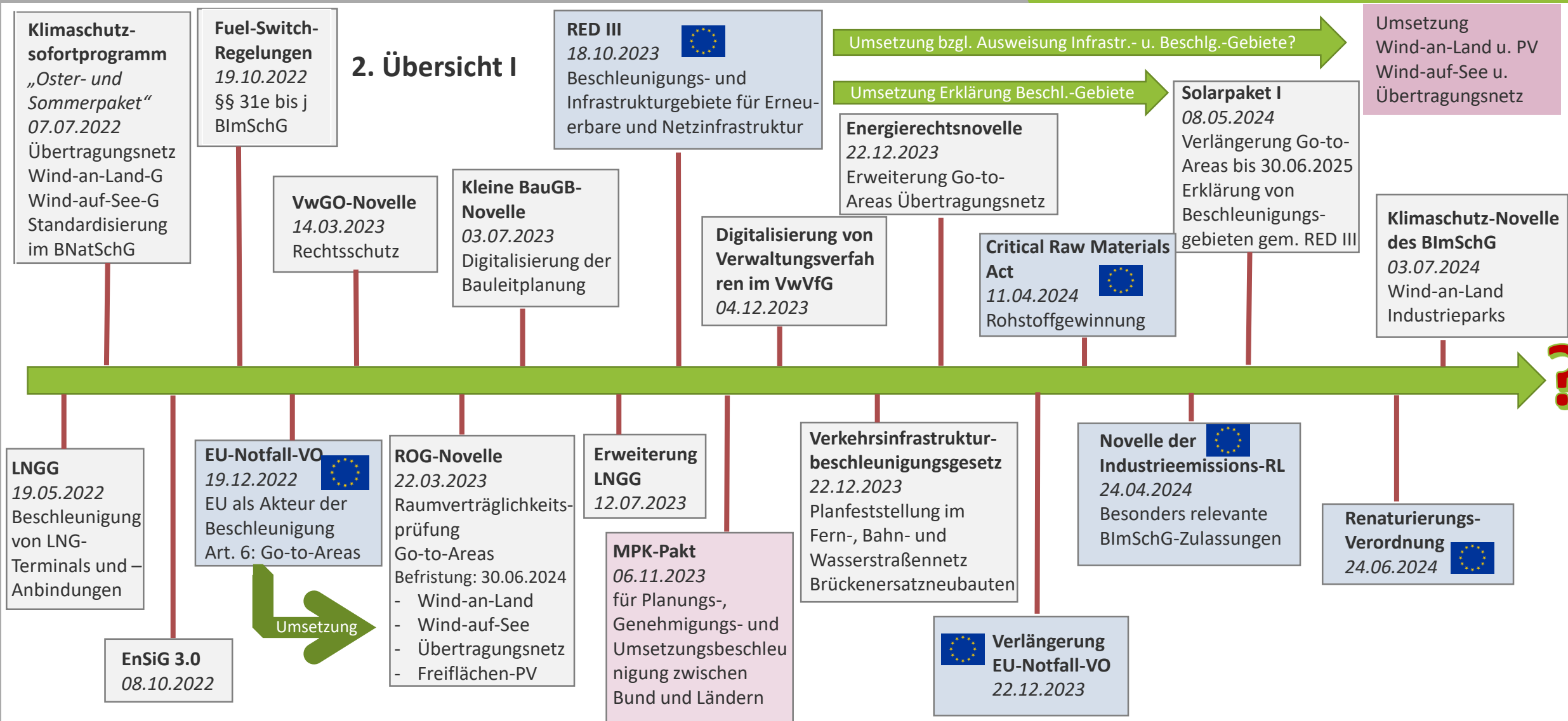
- Landnutzung in Deutschland ist keine Senke, wie eigentlich erwartet und beabsichtigt, sondern eine Quelle für Treibhausgase (Landwirtschaft)
- Deutschland wird verpflichtet, Politiken und Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass die deutschen Verpflichtungen aus dem Klimaschutzgesetz und dem Paris-Abkommen eingehalten werden



2. ÜBERSICHT DER BESCHLEUNIGUNGSGESETZGEBUNG



2. Übersicht I



2. Übersicht II

Weitere Beschleunigungsgesetze in Planung, die vor Neuwahl nicht mehr umgesetzt wurden

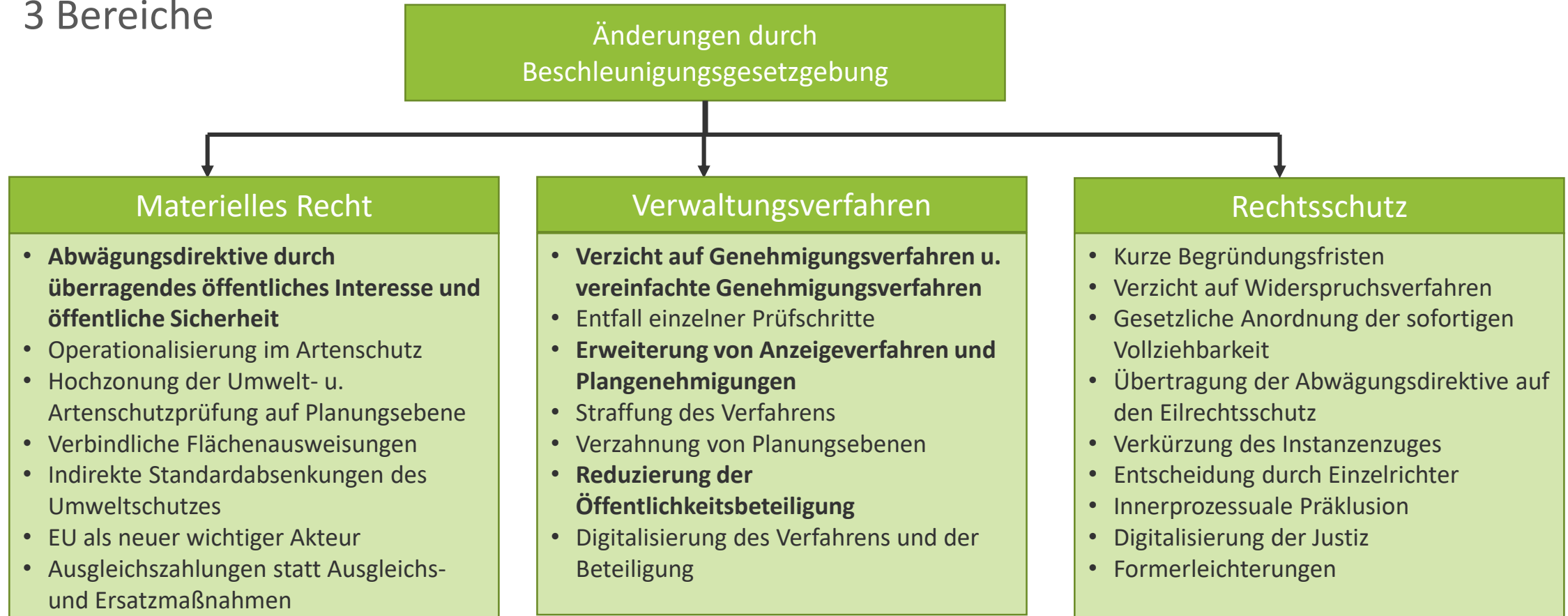
- IED-Novelle im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren: Zwar zwei Jahre Umsetzungszeit, aber aktuell in der Verbändebeteiligung
- Umsetzung RED Onshore-Windenergie und Freiflächen-PV
- Umsetzung RED Offshore-Windenergie und Stromnetze + Änderung Bundesbedarfsplangesetzes
- Umsetzung RED im Bereich Wasserhaushaltsrecht und Bundeswasserstraßenrecht
- Geothermiebeschleunigungsgesetz mit Umsetzung der RED III für Geothermieprojekte, Referentenentwurf BMWK v. 28.06.2024
- Überführung der wesentlichen Regelungen des Nature Restoration Law in nationales Recht -> Erstellung des nationalen Wiederherstellungsplanes innerhalb von 2 Jahren durch das BfN
- Große BauGB-Novelle, Kabinettsentwurf vom 04.09.2024
- enthält Planungsbeschleunigung für Geothermie im Außenbereich und für Windeignungsgebiete und Bauturbonorm
- Bergrechtsnovelle -> Nicht sicher, ob sie verabschiedet wird
- Erweiterung der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung in den Verwaltungsverfahrensgesetzen des Bundes und der Länder
- Wasserstoffbeschleunigungsgesetz
- CO2-Speichergesetz – CCS
- UmwRG, Stand Kabinettsentwurf v. 20.08.2024, nun ohne Generalklausel
- VwGO-Novelle-II, Eckpunktepapier liegt vor
- TK-NABEG
- Bundeswaldgesetz-Novelle
- Novelle der Luftqualitätsrichtlinie -> kurz vor Abschluss, aber nicht sicher, ob sie kommt
- UVPG-Novelle, UVP VwV

3. STRUKTURMERKMALE DER BESCHLEUNIGUNG IN DER 20. LEGISLATURPERIODE



Strukturmerkmale I

3 Bereiche



3. Strukturmerkmale II

10 wesentliche Merkmale der Beschleunigung

1. Krisengesetzgebung als Blaupause

PlanSiG -> §§ 27a-c VwVfG

Art. 6 EU-Notfall-VO -> Beschleunigungsgebiete; RED III

Vorzeitiger Baubeginn Fuel-Switch -> § 8a I 1 BImSchG-Novelle

2. EU als Akteur der Beschleunigung

RED III, EU-Notfall-VO, Critical Raw Materials Acts

3. Anpassung des materiellen Rechts

WindBG, § 45b BNatSchG

4. Entfall der UVP und der Artenschutzprüfung/-kartierung

Beschleunigungsgebiete & Go-to-Areas

Brückenersatzbauten Plangenehmigungen, Anzeigeverfahren

5. Aufwertung der Planungsebene, insbesondere der SUP und der Datenverfügbarkeit

Minderungsmaßnahmen anhand verfügbarer Daten

MPK-Pakt (umwelt.info, KI im Genehmigungsverfahren)

6. Absenkung etablierter Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung

Fakultativstellung/Abschaffung des Erörterungstermins

Verstetigung der Onlinekonsultation

7. Straffung des Genehmigungsverfahrens

Behördenbeteiligung mit Stichtagen und Fiktion

Verkürzte Fristen

8. Stärkung des Vorhabenträgers im Zulassungsverfahren

Ausweitung Projektmanager

Erleichterte Feststellung der Vollständigkeit von Verfahrensunterlagen

9. Rechtsschutzverkürzung

siehe vorherige Folie

10. Digitalisierung und Relevanz von Umweltdaten

Digitalisierung des Verfahrens und der Öffentlichkeitsbeteiligung

BIM, umwelt.info, KI im Genehmigungsverfahren

4. Offene Fragen



4. Offene Fragen

- **Personelle und fachliche Ausstattung der Behörden und Gerichte:**
Im Pakt für Beschleunigung waren einmal 500 Millionen vorgesehen bzw. versprochen: reicht das und wann kommen sie?
Selbst wenn: Wo sollen die Fachkräfte?
- **Rechtszersplitterung und Beschleunigung der Beschleunigung**
Wer sieht noch durch? Wann und wie wird der Erfolg evaluiert?
- **Verlagerung hoheitlicher Befugnisse auf Vorhabenträger:**
Stiehlt sich der Staat aus der Verantwortung?
- **Renaturierung:**
Wie werden die unvermeidbaren Umweltschäden der Beschleunigung ausgeglichen?
Auf welchen Flächen sollen die Artenhilfsprogramme stattfinden?
- **Akzeptanz bei eingeschränkter formeller Beteiligung / Beteiligung in der Flächenausweisung**
Wird Öffentlichkeitsbeteiligung als völkerrechtliche Pflicht mitgeschleppt oder gibt es ein Konzept?
Wie soll Transformationsakzeptanz hergestellt werden?
- **Intelligente Verwaltung und Gesetzgebung statt künstliche Intelligenz**
Tatsächliche Einsparpotentiale durch Digitalisierung?
Wann werden einst etablierte Konzepte wie Planspiele und flexible Genehmigungsteams umgesetzt?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

All presented concepts, ideas and texts are intellectual property of UfU e.V.
Any use of the content is prohibited and has to be requested and approved in a written format by the authors.
© Unabhängiges Institut für Umweltfragen, 22.10.20

